

## Termine

### \* Mittwoch, 27. März 2019

Um 17.30 Uhr, 23. Tagung der BVV im Bezirksamt, Fröbelstr. 17

### \* Donnerstag, 28. März 2019

17.00 – 18.00Uhr, „Sozial- und Mietenberatung“ im Bürgerbüro

### \* Dienstag, 2. April 2019,

12.00Uhr, Sprechstunde mit Katrin Seidel im Bürgerbüro

### \* Sprechstunden der Abgeordneten Udo Wolf, Carola Bluhm und Katrin Seidel

Montag: 11- 13 Uhr  
Mittwoch: 10 - 12 Uhr  
im Bürgerbüro in der Erich-Weinert-Str. 6

Herausgeber:  
Die Linke. Pankow  
Basisorganisationen im Kiez  
Post an:  
Die Linke.-Geschäftsstelle,  
Fenn-Str. 2  
13347 Berlin  
Tel.: (030) 44 01 77 80  
E-Mail:  
bezirk@die-linke-pankow.de

## Pankower Straßennamen im Laufe der Zeit

Straßen sind ständige, ebenso unauffällige wie unentbehrliche Begleiter unseres zivilisierten Lebens. Sie haben Charakter, können uns fremd sein oder heimatlich vertraut. Straßen haben eine eigene Biographie. Sie entstehen meist geplant, manchmal aber auch spontan, so dass aus Trampelpfaden oder ausgefahrenen Feldwegen verwinkelte Gässchen, aber auch prächtige Alleen oder Einkaufsstraßen werden können. Straßen überleben uns.

Zur besseren Orientierung hat es sich eingebürgert, Straßen Namen zu geben. Dafür verwendet man gern Begriffe aus der Natur und der Geographie. Häufig nimmt man aber auch Personennamen, um prominente Persönlichkeiten zu ehren. Damit beginnen die Probleme. Denn wie kann es geschehen, dass jemand mehrfach seine Adresse ändert, ohne einmal umzu-ziehen? Die Antwort ist einfach : Das passiert, wenn die Straßen umbenannt werden, was häufig, aber nicht immer eine Folge gesellschaftlicher Umbrüche ist. So konnte es vorkommen, dass man abends in der Wilhelm-Pieck-Straße einschlieft und morgens in der Torstraße aufwacht. Auch in der Pankower Geschichte gab es eine Vielzahl solcher Umbenennungen. Dadurch wird es oft schwierig, bei älterer Literatur zu unserem Stadtbezirk den richtigen Schauplatz zu finden.

Zum Glück aber gibt es zwei Veröffentlichungen von Ines Rautenberg vom Freundeskreis der Chronik Pankow, in denen die Geschichte der Pankower Straßen aufgezeichnet wurde. („Straßennamen im Bezirk Berlin-Pankow“, Berlin 1985 und „Straßennamen in Berlin-Pankow. Herkunft und Geschichte“, Berlin 1999). Aus ihnen wird ersichtlich, dass die Umbenennungen nicht kontinuierlich vor sich gingen, sondern sich auf einige, näher zu bestimmende Zeitabschnitte konzentrierten. In der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik gab es nur wenige Umbenennungen. Meist wurden nur vorher mit Nummern gekennzeichnete Straßen bestimmten Persönlichkeiten gewidmet.

So war z.B. der Büchnerweg bis 1927 die Straße Nr. 7, einige Umbenennungen wie die Behnsenstraße in Baumbachstraße (1909); des Stettiner Wegs in Hadlichstraße (1903) oder der Grenzstraße in Kirchstraße (1910) erfolgten meist, um Strassenzusammenführungen neu zu benennen oder Dopplungen inner-halb von Berlin aufzuheben.

H. Sommer

(Fortsetzung folgt)

# Kiezblatt

März 2019



## Keine Rendite mit der Miete

### **DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“**

Die Modernisierungsankündigung flatterte den Mieterinnen und Mietern der Deutsche-Wohnen-Siedlung in der Topsisstraße am Mauerpark ins Haus. Sie befürchten Mietsteigerungen um bis zu 75 Prozent. Auch in der Wohnanlage Grellstraße / Prenzlauer Allee schlägt dem Immobilienkonzern tiefes Misstrauen wegen seiner Modernisierungspläne entgegen. Erst jüngst ging die Deutsche Wohnen auf Einkaufstour im Florakiez. Ganze Kieze sind in Angst vor der Mietenexplosion. Im April startet das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Zunächst sind 20.000 Unterschriften notwendig. DIE LINKE. in Berlin unterstützt das Volksbegehren. Die Sorge vor Verdrängung, dem Verlust der eigenen Wohnung und den steigenden Mieten ist das zentrale Problem in unserer Stadt. Immobilien, Grund und Boden sind zu Spekulationsobjekten geworden.

Große Wohnungskonzerne kaufen ganze Wohnblöcke auf, um durch Entmietung, Sanierung und deutliche Mieterhöhungen oder Wiederverkäufe Rendite zu erzielen. Profitstreben anstelle der Versorgung der Berlinerinnen und Berliner mit bezahlbaren Wohnungen steht im Vordergrund. Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ will deshalb die Bestände solcher börsennotierter Wohnungsbauunternehmen vergesellschaften, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin haben. Das betrifft ca. 200.000 bis 243.000 Wohnungen im Eigentum von acht bis zehn Immobilienkonzernen. Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius sind einige davon. Kritiker schreien schon jetzt, eine Enteignung sei verfassungswidrig, es drohe „DDR“ oder „Sozialismus“. Nichts davon ist wahr. Artikel 15 des Grundgesetzes sieht u.a. vor, dass Grund und

Boden durch ein Gesetz in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden können. Das Gesetz muss die Entschädigung regeln.

Ein Enteignungsgesetz - das hat sich in Deutschland noch niemand getraut. Die Berliner Verfassung schreibt jedoch vor, dass jeder Mensch ein Recht auf angemessenen Wohnraum hat und es keinen Missbrauch von Marktmacht geben darf.

Wie eine Entschädigung erfolgen kann, darüber wird diskutiert. Erste Kostenschätzungen schwanken zwischen sieben bis ca. 35 Milliarden Euro. Als Berechnungsgrundlagen werden bezahlbare Mieten bis hin zu den Verkehrswerten genannt. Letzteres ist jedoch alles andere als zwingend. Sie würde Spekulationsgewinne einpreisen.

Eines hat die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ jedenfalls schon jetzt erreicht.

Immobilienkonzerne sind aufgeschreckt, immer mehr Mieterinnen und Mieter wehren sich.

Wenn es am 6. April losgeht: **Seien Sie dabei. Unterschreiben Sie für das Volksbegehren.**

Sandra Brunner  
Vorsitzende DIE LINKE. Pankow